

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses der
Stadt Lüdenscheid

am 06.02.2008

im Ratssaal

Anwesend:

Vorsitz:

Ratsherr Ingo Diller SPD

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Gordan Dudas	SPD	
Ratsherr Horst Eick	SPD	Vertreter für Ratsfrau Teipel
Ratsfrau Christel Gabler	CDU	
Ratsfrau Karin Hertes	SPD	
Ratsfrau Christine Hohnsel	CDU	
Ratsherr Jens Holzrichter	FDP	
Ratsherr Jürgen Sager	CDU	
Ratsherr Michael Thielicke	SPD	
Ratsherr Hansjürgen Wakup	CDU	
Herr Otto Bodenheimer	Grüne	ab 17:05 Uhr
Herr Heinz-Rüdiger Ochel	CDU	
Herr Adolf Triffo	LL	Vertreter für Ratsherrn Biernadzki
Herr Ulrich Vetter	CDU	
Herr Rüdiger Wilde	CDU	

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Ratsherr Kai Rodehüser	CDU
Ratsherr Jürgen Thiel	AfL

Verwaltung:

Beigeordneter Wolff-Dieter Theissen	
Herr Dieter Rotter	
Herr Martin Bärwolf	
Herr Frank Kusmirtz	
Herr Edgar Weinert	
Herr Hans-Jürgen Badziura	
Herr Mattias Bartmann	nur zur öffentlichen Sitzung
Herr Peter Dilks	
Herr Hans Hutya	
Herr Klaus-Peter Welter	bis 18:42 Uhr
Herr Andreas Beckmann	nur zur öffentlichen Sitzung
Frau Katja Herrmann	
Frau Monika Menzel	

Schriftführung:

Frau Stefanie Scholz

Abwesend:

Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:

Ratsherr Peter Biernadzki	LL
Ratsfrau Elke Teipel	SPD

Ausschussmitglieder mit beratender Stimme:

Herr Martin Kornau	Fraktionslos
Herr Jürgen Schmidt	Fraktionslos

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:08 Uhr

1. Öffentliche Fragestunde

Entfällt!

**2. Satzung über das Teileinrichtungsprogramm von Erschließungsanlagen im Baugebiet "Baukloh"
Vorlage: 219/2007**

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses empfehlen ohne weitere Diskussion folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm von Erschließungsanlagen im Baugebiet „Baukloh“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

**3. Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm für zwei in die Straße "Alte Wache" einmündende Stichstraßen (ohne eigene Straßenbezeichnung)
Vorlage: 233/2007**

Ohne weitere Erörterung empfehlen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm von zwei in die Straße „Alte Wache“ einmündenden Stichstraßen (ohne eigene Straßenbezeichnung) wird in der als Anlage beigefügten Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

4. Änderung der Parkgebührenordnung Vorlage: 009/2008

Ratsherr Holzrichter stellt den bereits bekannten Antrag der FDP vor. Die FDP möchte sich stärker um die städtischen Randlagen kümmern und darauf hinweisen, dass sich das Geschäftsleben in Lüdenscheid nicht nur 50 m im Umkreis um die Stern-Center-Eingänge abspielt. Er stellt die Frage, wieso in schlechteren Lagen, z. B. in der Kluse, am Knapp und in der Oberstadt, die gleichen Parkgebühren bezahlt werden müssen wie im Zentrum. Bzgl. der Parkplätze am Museum begrüßt Herr Holzrichter, dass die Parkplätze durch Dauerparker belegt werden, die eine regelmäßige verlässliche Miete zahlen.

Ratsherr Holzrichter kündigt an, dass die FDP sich mit den Parkgebühreneinnahmen und deren Verwendung befassen möchte.

Vorsitzender Diller bittet um Erklärung, warum 51 € für einen monatlichen Stellplatz berechnet worden seien, obwohl lt. Pressebericht ein Stellplatz nur 50 € im Monat kosten würde.

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, antwortet, dass aus der Vorlage hervor gehe, dass es eine Übergangsregelung geben soll. Alle nach aktuellem Recht erteilten Parkausweise würden 51 € im Monat kosten; die nach dem 01.04.2008 neu erteilten Parkausweise werden dann nur noch 50 € kosten. Ab dem 01.01.2009 wird dann für alle auf 50 € im Monat umgestellt.

Frau Gabler meint, dass dieses Thema in die Tarifkommission gehört, die hier vorarbeitet und dann dem Bau- und Verkehrsausschuss eine Empfehlung vorlegt. Damit auch die kleineren Parteien in der Tarifkommission mitdiskutieren können, schlägt sie vor, jeweils eine Person jeder Fraktion zu beteiligen.

Herr Diller bittet Herrn Rotter, als Verwaltungsmitglied in der Tarifkommission zu prüfen, ob es möglich sei, eine Person von jeder Fraktion in die Tarifkommission aufzunehmen.

Herr Holzrichter ist der Meinung, dass nicht die Tarifkommission sondern der Rat die Entscheidung trifft, und dass solche Anträge auch im Bau- und Verkehrsausschuss beraten werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	1
Nein-Stimmen:	13
Enthaltungen:	1

Der Antrag ist somit abgelehnt.

Anschließend empfehlen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Empfehlungen der Tarifkommission zur Änderung der Parkgebührenordnung werden in Form der als Anlage beigefügten und in § 3 Abs. 2 neugefassten Parkgebührenordnung übernommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	1
Enthaltungen:	-

**5. Benennung eines vertretenden Mitgliedes der Tarifkommission
Vorlage: 014/2008**

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, erklärt, dass bei Erstellung der Vorlage nicht beachtet worden sei, dass Herr Fröhling kein ordentliches Mitglied des Bau- und Verkehrsausschusses ist. Intern ist abgestimmt worden, dass Herr Wilde diese Aufgabe wahrnehmen soll. Die Vorlage muss entsprechend geändert werden.

Beschluss:

Der Bau- und Verkehrsausschuss entsendet den sachkundigen Bürger Rüdiger Wilde als vertretendes Mitglied in die Tarifkommission zur Abgabe von Empfehlungen für die Parkgebührengestaltung in der Stadt Lüdenscheid.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	14
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	1

**6. Straßenbenennung im Gewerbegebiet "südlich Heedfeld"
Vorlage: 016/2008**

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses empfehlen ohne weitere Erörterung folgenden

Beschluss:

Die Planstraße, die im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 809 „Gewerbegebiet südlich Heedfeld“ von der Einmündung Heedfelder Landstraße bis zur Stadtgrenze verläuft, wird „Golsberger Straße“ genannt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 15
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: -

7. Aufstellen einer Fahrgastinformationstafel Vorlage: 018/2008

Herr Diller begrüßt Herrn Bökenkötter von der MVG und bedankt sich für sein Erscheinen.

Frau Gabler spricht sich für die Aufstellung einer solchen Tafel aus, da ihr die Stärkung des öffentlichen Personennahverkehrs sehr wichtig sei. Der Standort sollte schnellstens festgelegt werden, damit die Kosten für ein Fundament und die Leitungsverlegung nicht übermäßig steigen. In der CDU sei überlegt worden, die Tafel evtl. auch im Bereich der neuen Treppenanlage aufzustellen.

Sachkundiger Bürger Triffo erkundigt sich, warum eine einseitige Tafel 35.000 € kosten würde und eine doppelseitige Tafel ohne Mehrkosten bereit gestellt wird. Herr Bökenkötter, MVG, erklärt dass die alte defekte Anzeigetafel über ein Förderprogramm finanziert worden sei und die neue Anzeige von Siemens als Austauschgerät bereits geliefert wurde. Deshalb stehe diese Ersatzbeschaffung der Stadt Lüdenscheid kostenfrei zur Verfügung. Wenn eine Anzeige gewünscht wird, die nur von einer Seite einsehbar ist, müsste diese neu beschafft und dann auch bezahlt werden.

Lt. Herrn Bärwolf geht es nur um die Standortfrage der Anzeigetafel. Die Verwaltung hat den alten Standort auch für eine beidseitige Tafel vorgeschlagen. Nach Auffassung der MVG soll diese Anzeige aber deutlich weiter im neu gestalteten Sternplatz stehen. Dies widerspricht der Verwaltungsauffassung, da weiterhin bestrebt ist, den neuen Sternplatz von Aufbauten freizuhalten.

Herr Holzrichter erscheint die Beschlussvorlage missverständlich. Er schlägt vor, heute zu empfehlen, die Tafel wieder an dem alten Standort aufzustellen. Wenn die Verwaltung sich mit der MVG nicht auf diesen Platz einigen kann oder es davon abweichende Empfehlungen gibt, sollen die neuen Standorte im Hauptausschuss oder im Rat vorgestellt werden.

Herr Diller stimmt dem zu und erklärt, dass die Politik einheitlich der Meinung ist, eine Fahrgastinformationstafel im Bereich des Sternplatzes aufzustellen. Er bittet die Verwaltung, zusammen mit der MVG Vorschläge für einen Standort zu erarbeiten und ggf. Alternativvorschläge im nächsten Hauptausschuss oder Rat vorzustellen.

Anschließend empfehlen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Stadt verzichtet auf die Anschaffung und Aufstellung einer Fahrgastinformationstafel auf dem Sternplatz.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:
Nein-Stimmen: 15
Enthaltungen:

8. Erneuerung Spielplatz Gevelndorf Vorlage: 036/2008

Die Tagesordnung wird um diesen Tagesordnungspunkt 8 ergänzt. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Nach Verteilen der **Tischvorlage** erläutert Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, die Beschlussvorlage.

Ratsherr Dudas fragt, ob in dem Gesamtbudget auch Mittel für den Spielplatz in Gevelndorf enthalten sind und in welcher Höhe die Kosten liegen.

Weiterhin fragt Frau Gabler an, wer am Ende die Folgekosten trägt und wer für die Reinigung zuständig ist.

Herr Badziura, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr beantwortet die gestellten Fragen wie folgt: Im Moment liegen noch keine Erkenntnisse über die Unterhaltungskosten vor. Die Wirtschaftlichkeit der Maßnahme soll auch unter Berücksichtigung der Forderungen des DFB weiter geprüft werden. Der Spielplatz in Gevelndorf ist davon nicht betroffen, da der evtl. Umbau des Bolzplatzes aus einem anderen Etat gezahlt wird. Die Mitglieder werden über den aktuellen Sachstand informiert.

Anschließend fassen die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschusses folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, den Bau eines vom Deutschen Fußballbund (DFB) finanzierten Minispielfeldes vorzubereiten und entsprechende Verträge mit dem o.g. Sponsor abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

9. Berichtswesen, hier: Mündliche Berichte

9.1. Innere Sanierung Rathaus: Bericht zur Erneuerung der Heizungsanlage

Herr Beckmann, Zentrale Gebäudewirtschaft, stellt vor dem Hintergrund der aktuellen Klimadiskussion die wesentlichen Analyse Kriterien und Entscheidungsfaktoren für die nun zum Einsatz kommende Technologie dar.

Basis hierfür ist das Energieversorgungskonzept für das Rathaus aus März 2004.

Alternative: Blockheizkraftwerk (BHKW)

Der Einbau eines BHKW wurde untersucht und hat sich als unwirtschaftlich erwiesen, da die Amortisationszeit nicht in einem wirtschaftlichen Kosten-/ Nutzenverhältnis steht. Solche Anlagen verursachen darüber hinaus einen enormen Wartungsaufwand.

Zudem sollte die Nutzung einer solchen Anlage ganzjährig möglich sein. Die entstehende Wärme würde auch in den Sommermonaten von der Anlage produziert und könnte z. B. für eine zentrale Warmwasserbereitung nutzbar sein. Diese wird allerdings im Rathaus nicht benötigt.

Alternative: Wärmepumpe

Grundsätzlich wäre der Einsatz einer Wärmepumpenanlage möglich; die zusätzlichen Investitionen hierfür würden sich auf rd. 250.000 € belaufen.

Bedingt durch die im Rathausplatz verlegten Gas-, Wasser-, Elektro- und Telekomleitungssysteme ist der erforderliche Platz für ca. 32 notwendige Erdbohrungen zudem ungeeignet.

Die Heizleistung für das Rathaus beträgt ca. 600 KW. Durch Rundumsteuergeräte werden die Wärmepumpen in den Hauptheizzeiten unter 0 Grad C Außentemperatur, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr von den Versorgungsbetrieben abgeschaltet. Deshalb müsste selbstverständlich eine bivalente Anlage eingebaut werden, da durch die Wärmepumpen die gesamte erforderliche Heizleistung nicht abgedeckt wird.

Alternative: Solarenergie

Die solartechnische Umwandlung in Wärme für die Heizungsunterstützung wäre lediglich in den Wintermonaten möglich, ist aber durch die klimatische Lage von Lüdenscheid nicht zu empfehlen.

Aus ökologischer Sicht würde der Einbau von Sonnenkollektoren mit nachgeschalteten Pufferspeichern Sinn ergeben. Der Einbau einer sog. Photovoltaikanlage auf dem Flachdach des Rathauses wurde deshalb auch geprüft. Aufgrund der Dachaufbauten (2 Aufzugsüberbauten, sowie die Positionierung der vorhandenen Kühlgeräte und Aggregate für den Bereich Extrablatt) steht nur ein Teil der Dachflächen zur Verfügung. Besonders aber auch aus statischen Gründen ist dies nicht möglich, da die Befestigung bzw. Sicherung an der aufgeständerten vorhandenen Bimsdielenlage des ehemaligen Kaltdachsystems nicht möglich ist.

Die Investitionskosten für solche Anlagen sind außerdem enorm hoch und lassen sich in Bezug auf die Refinanzierung nicht wirtschaftlich darstellen.

Alternative: Holzpellets

Der Einsatz von Holzpellets oder Holzhackschnitzel wurde ebenfalls geprüft, wobei folgende Gründe gegen den Einsatz solcher Technologien sprechen:

Zum einen hohe Investitionskosten, da wegen anderer Kesseltechniken ein Totalumbau des Heizraumes notwendig wird und die Kessel zudem noch sehr teuer sind. Weiterhin ist zu bedenken, dass darüber hinaus noch ein zusätzlicher Standardheizkessel benötigt wird.

Zum anderen die Notwendigkeit zur Schaffung größerer Lagerräume (Bunker) für das Brennmaterial. Durch den Umbau des Rathauses und die daraus resultierende Vermietung an Dritte sind keine geeigneten Flächen in ausreichender Größe mehr vorhanden.

Weiterhin sind zu bedenken noch nicht geklärte Fragen bezüglich der Feinstaubbelastung durch das Brenngut bzw. des Einbaus von aufwändigen und teuren Zyklonfiltern zur Feinstaubreduzierung.

Energetische Auswirkungen durch die anstehende Sanierungsmaßnahme

Bereits durch die Sanierung der Außenfassade mit einer außen liegenden Wärmedämmung hat sich im Rathaus die ursprüngliche Heizlast von 828 KW (Bestand) auf 583 KW reduziert, wodurch eine Einsparung von ca. rd. 30% erreicht werden konnte.

Durch den Einsatz von zwei Gasbrennwertheizkesseln inkl. jeweils vor geschaltetem, modulierendem Gasgebläsebrenner; lässt sich nun die jeweilig geforderte Heizlast anpassen.

Mit der Erneuerung der Heizkörper wird eine Neuauslegung der Heizflächen auf max. 60 Grad Vorlauftemperatur (bisher 90 Grad) und 40 Grad Rücklauftemperatur (bisher 70 Grad) erreicht.

Durch die reduzierten Systemtemperaturen lässt sich durch den Einsatz moderner Brennwertheizkessel bei niedrigen Heizkreisrücklauftemperaturen eine hohe Wirtschaftlichkeit erzielen.

Im Zuge der Gebäudesanierung erfolgt die Erneuerung sämtlicher Regel- und Steuerkomponenten mit moderner Automationstechnik.

Der Einbau von hocheffizienten Umwälzpumpen ermöglicht eine stufenlose Leistungsanpassung in Abhängigkeit von der gewählten Betriebsart. Die integrierte Absenksteuerung bringt eine Stromersparnis von bis zu 80% gegenüber unregelter Standardpumpen.

Mit der Erneuerung des vorhandenen Rohrleitungssystems werden auch die Leitungsabschnitte verringert und dadurch auch Brandschotts innerhalb der vorgegebenen Brandabschnitte geschaffen. Das neue Rohrsystem ist ebenfalls mit Wärmedämmschalen gemäß ENEC ausgestattet. Durch eine erhebliche Verringerung der vorhandenen großen Rohrquerschnitte werden weiterhin die vorzuhaltenden Wassermengen im gesamten System reduziert.

10. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen

10.1. Bekanntgaben

10.1.1. Ausbau des letzten Bauabschnittes Römerweg gemäß Bebauungsplan 737

Herr Hutya gibt bekannt, dass der letzte Bauabschnitt des Römerweges / Im Wiesental in diesem Jahr gemäß Bebauungsplan mit zwei Einmündungen ausgebaut würde. Im Juni 2007 war eine Vorlage dem Bau- und Verkehrsausschuss zur Beschlussfassung vorgelegt worden, die aber zurückgestellt worden sei. Von drei möglichen Lösungen (zwei Einmündungen, zwei Minikreisel oder ein kleiner Kreisverkehr) habe die Verwaltung die preiswerteste Lösung vorgeschlagen. Entsprechend diesem Vorschlag seien auch die Mittel in den Haushaltsplan 2008 eingestellt und beschlossen worden. Danach werde nun die Ausführungsplanung erstellt und ausgebaut.

10.1.2. Pflasterung Rathausplatz

Herr Badziura, gibt bekannt, dass die Veröffentlichung über den Zustand einiger gebrochener Platten und abgeschlagenen Ecken irritierend gewesen sei.

Es liegen mehr als 10.000 Platten mit unterschiedlichen Formaten von 60cm X 90cm bis 1 m x 1,5 m auf dem Platz, an denen 36 Eckenausbrüche und 5 Haarrisse zu verzeichnen sind.

Anlass zur Kritik ist v.a. der Bereich vor dem Optiker Lüttringhaus. Hier konnte ein Streifen nicht endgültig ausgebaut werden, weil nicht klar war, ob die ursprünglich projektierten Lichtbänder dort eingesetzt werden würden. In der Zwischenzeit sind in diesem Raum überzählige, beschädigte Granitplatten als Platzhalter provisorisch eingelegt worden und deshalb nicht im Mörtelbett verlegt worden. Dieses Provisorium ist nicht als Baumangel zu betrachten. Bei der Anpassung des Sternplatzes werden diese Platten durch neue Platten ausgetauscht.

10.1.3. C & A - Stern Center

Herr Bärwolf, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, gibt den aktuellen Sachstand zum bereits durch die Presse veröffentlichten Thema C & A bekannt. C & A beabsichtigt, ins Stern Center zu gehen, ohne allerdings den alten Standort leer zu ziehen. Das heißt, C & A wird beide Standorte belegen.

10.2. Beantwortung von Anfragen

10.2.1. Parkgarage Rathaus

In Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Sager in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 21.11.2007 teilt Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, mit, dass es grundsätzlich technisch möglich, sei eine „Frei-Besetzt“-Anzeige in der Parkgarage des Rathauses zu installieren. Allerdings müssen einige Besonderheiten dabei berücksichtigt werden. Zunächst muss auch in Zukunft eine Zufahrt über die Parkgarage im unteren Bereich auch für den Erweiterungsbau gewährleistet sein, d.h. die Zählanlage kann frühestens mit der ersten Auffahrt beginnen. Dieses Problem sei aber lösbar. Das zweite Problem sind die in der Parkgarage reservierte Plätze, die in irgendeiner Form in der Methodik mitgezählt werden müssen. Der Kostenpunkt einer solchen Anlage liegt bei 10.000 € - 12.000 €. Für einen der nächsten Ausschüsse soll eine Vorlage erstellt werden, um das Ganze umfangreicher darzustellen, die Funktion zu schildern und dann zu entscheiden, ob Geld für eine solche Anlage investiert werden sollte oder nicht.

10.2.2. Blockieren der Spur am Kulturhaus von Bussen

Frau Herrmann, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr, beantwortet die Anfrage des Rats Herrn Dudas in der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 12.12.2007 wie folgt:

In der 49. Kalenderwoche, also bereits eine Woche vor der gestellten Anfrage, wurden sowohl auf der Seite des Kulturhauses als auch auf der Seite des Museums neue kleinere Kontaktschleifen in den Asphalt geschnitten.

Diese Schleifen wurden in einem größeren Abstand zur jeweils ersten Haltestelle angebracht, damit der Bus während des Fahrgastwechsels noch nicht auf der Schleife steht. Erst danach fährt der Bus ein Stück weiter vor und löst dabei die Grün-Anforderung aus.

Der geschilderte Mangel ist somit bereits behoben.

10.2.3. Nachbesserungsarbeiten Jokuschstraße

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, Umwelt und Verkehr beantwortet die Anfrage des sachkundigen Bürgers Herrn Wilde in der öffentlichen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 12.12.2007 wie folgt:

Die endgültige Bauabnahme der Jokuschstraße erfolgte am 02.07.2003. Die Gewährleistung des Auftragsnehmers betrug zum Zeitpunkt der Abnahme zwei Jahre und endete am 02.07.2005.

Da die Gewährleistungszeit abgelaufen ist und Gründe, die auf eine mangelhafte Bauausführung hinweisen nicht vorliegen, kann die Fachfirma nicht zu Nachbesserungsarbeiten herangezogen werden.

Schäden in der Jokuschstraße werden deshalb im Rahmen der allgemeinen Unterhaltungsarbeit durch den STL behoben.

10.3. Anfragen

10.3.1. 2. Gutachten Parkpalette Corneliusstr. v. 05.12.07

Die Ratsfraktion Bündnis 90 / Die Grünen hat die schriftliche Anfrage gestellt, ob das zweite Gutachten der Parkpalette Corneliusstraße vom 05.12.2007 den Fraktionen zur Verfügung gestellt wird, um die Konsequenzen daraus im Bauausschuss zu beraten. Herr Theissen antwortet hierzu, dass das Gutachten selbstverständlich allen Fraktionen zur Verfügung gestellt wird.

10.3.2. Zuständigkeit und Beleuchtung Weg Annabergstr. zur Honselers Str.

Ratsfrau Hertel fragt an, ob der Weg, der von dem Wendeplatz an der Annabergstraße runter in die Honselers Straße geht, ein privater oder öffentlicher Weg ist. Weiterhin berichtet sie, dass der Weg dort sehr schlecht beleuchtet sei und möchte gern wissen, ob man dies ändern könnte.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

10.3.3. Werbeanlage Altenaer Str./ATU

Ratsherr Thielicke teilt mit, dass die Firma ATU an der Altenaer Straße unmittelbar am Fahrbahnrand einen sehr großen Werbeaufsteller aufgestellt hat, der die Sichtverhältnisse dort dermaßen einschränkt, dass man da tätig werden müsste. Er fragt an, wer hierfür zuständig ist.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

10.3.4. Kommentar 2. Gutachten Parkpalette Corneliusstr.

Sachkundiger Bürger Bodenheimer teilt mit, dass am 05.01.2008 zum ersten Mal ein Kommentar in der Lokalpresse über das 2. Gutachten zur Parkpalette Corneliusstraße stand. Daraufhin hat sich die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vergeblich bemüht, dieses Gutachten über die LSM und den STL zu erhalten. Am Freitagnachmittag ist nun eine offizielle Anfrage

im Rathaus abgegeben worden mit der Bitte, dieses Gutachten umgehend zur Verfügung zu stellen und es im Ausschuss zu diskutieren. Die Fraktion ist über diese Vorgehensweise der Stadt sehr verärgert.

Herr Theissen erläutert, dass es für Fraktionen, Fraktionsvorsitzende oder auch Ausschussvorsitzende immer die Möglichkeit gibt, nach der Geschäftsordnung Akteneinsicht zu verlangen. Wenn noch kein Vorgang in den Akten ist, sei dies selbstverständlich nicht möglich. Wenn der Eindruck besteht, dass der Informationsfluss nicht richtig funktioniert, kann man den BM oder Herr Theissen direkt ansprechen. Es werden keine Informationen vorenthalten. Der mündlich angekündigte Antrag sei der Verwaltung erst jetzt zur Kenntnis gelangt; daraufhin sind unverzüglich Kopien dieses Gutachtens in Auftrag gegeben worden.

10.3.5. Zuparken der Fluchttür Parkdeckmitte

Sachkundiger Bürger Bodenheimer äußert, dass die Fluchttür auf der Parkdeckmitte ständig zugeparkt wird und zwar so, dass im tatsächlichen Notfall kein Mensch die Fluchttür nutzen könnte. Er fragt an, ob man diese Situation ändern könnte.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

10.3.6. Reinigung der Fußgängerzonen

Ratsfrau Gabler erläutert das Aussehen der Fußgängerzone, der angrenzenden Straßen und der Bürgersteige. Sie bezeichnet es als „ekeligen Kaugummit Teppich“ und weist darauf hin, dass die Stadt dafür sorgen muss, die Bereiche sauber zu halten. Ihre Frage ist, ob beabsichtigt sei, dort wieder eine Reinigung durchführen zu lassen. Ebenfalls möchte Ratsfrau Gabler die Kosten für eine derartige Reinigung wissen. Vielleicht könnte schon im nächsten Bauausschuss beschlossen werden, so eine Reinigung wieder vornehmen zu lassen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

10.3.7. Parkplatzregelung Phänomenta

Sachkundiger Bürger Triffo fragt an, ob es nicht eine bessere und attraktivere Parkplatzregelung für die Phänomenta gibt.

Herr Weinert, Amt für Wirtschaftsförderung, Projektsteuerung und Liegenschaften, antwortet, dass im Zuge der Reaktivierung des ganzen Bahnbereiches vorgesehen sei, die Parkplatzsituation der Phänomenta entscheidend dadurch zu verbessern, dass nördlich des vorgesehenen Pendels ein Parkplatz für 90 - 100 Pkw für die Phänomenta entstehen soll. Die Zugänglichkeit der Phänomenta will die Phänomenta durch ein Brückenbauwerk über das Gleis vom Parkplatz zur Gustav-Adolf-Str. mit Aufzug und Treppe sicher stellen. Auf diesem Parkplatz sind auch noch Stellplätze für 4-5 Reisebusse möglich. Die Realisierung könnte im Laufe der nächsten zwei bis drei Jahre erfolgen.

10.3.8. Ordnungsamtsaufsicht

Sachkundiger Bürger Triffo fragt an, wieso die Ordnungsamtsmitarbeiter zu Zeiten, in denen die Wilhelmstraße sehr gut besucht ist, mit Ihrem Auto auf dem Rathausplatz stehen, der zu dieser Zeit so gut wie leer ist.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

10.3.9. Absprache zwischen zuständigen Stellen zur Straßensanierung

Vorsitzender Diller erläutert, dass es sich in den letzten Jahren in Lüdenscheid ergeben hat, zur Straßensanierung ganze Straßenzüge zu sperren. Zur Zeit ist die Werdohler Landstraße halbseitig nicht befahrbar; gleichzeitig wurde auch die Königsberger Str. für kurze Zeit gesperrt, die als Umleitung für die Werdohler Landstraße gilt. Er fragt an, ob es möglich sei, sich besser abzusprechen, besser zu koordinieren und nicht gleich ganze Stadtteile voneinander abzutrennen.

Herr Rotter antwortet, dass diese Problem bereits bei der Stadt angekommen ist und auch so aufgenommen wurde. Die Abteilung Bauservice versteht sich hier durchaus als zentrale Stelle und wird in den nächsten Wochen mit allen Beteiligten Stellen Gespräche führen, mit dem Ziel, die Maßnahmen zukünftig besser zu koordinieren.

gez. Diller
Vorsitzender

gez. Scholz
Schriftführer